

# Scholz sieht Japan als Wertepartner

## Kanzler würdigt Tokios Hilfe für die Ukraine

BERLIN - Bei seinem ersten Antrittsbesuch in einem asiatischen Land hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) Japan für die Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland gedankt. „Wir sind Wertepartner“, sagte Scholz auf einer Pressekonferenz mit Japans Ministerpräsident Fumio Kishida am Donnerstag in Tokio. „Der russische Überfall auf die Ukraine und unsere starke gemeinsame Reaktion im G7-Rahmen zeigen, dass dieser Begriff eine ganz konkrete praktische und politische Bedeutung hat.“

Beide Länder stünden „Seite an Seite bei der Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung, bei der Aufrechterhaltung der Grundprinzipien der UN-Charta und beim Einsatz für die universellen Menschenrechte“, fügte der Kanzler hinzu.

Schon zuvor hatte Scholz auf einer Wirtschaftskonferenz in Tokio die japanische Unterstützung gewürdigt. Es sei „kein Zufall“, dass ihn seine erste Reise als Kanzler in diese Weltregion nach Japan führe. Tokio habe sich seit Beginn des russischen Angriffskriegs klar an die Seite der Ukraine, Europas und der USA gestellt, „obwohl die Ukraine von Tokio aus gesehen natürlich viel weiter entfernt ist als von Berlin“, sagte der Kanzler.

Deutschland hat seit dem Jahreswechsel die G7-Präsidentschaft inne. Japan übernimmt den Vorsitz im nächsten Jahr. Vom 26. bis 28. Juni soll in Schloss Elmau ein G7-Gipfel stattfinden. Japan hat wie die übrigen Mitglieder der G7-Gruppe wegen des Ukraine-Kriegs Sanktionen gegen Russland verhängt, unter anderem einen Einfuhrstopp für russische Kohle.

Die G7 stimmt sich eng in Sachen Russland-Sanktionen ab. Japan ist eins von nur drei asiatischen Ländern, die Strafmaßnahmen gegen Moskau verhängt haben – die beiden anderen sind Südkorea und Singapur. 2014 nach der Annexion der Krim durch Russland hatte Tokio noch davon abgesehen.

Waffenlieferungen hat sich Japan selbst in einer pazifistischen Nachkriegsverfassung verboten. Es ist schon ein großer Schritt für das Land, dass es erstmals einer Kriegspartei Ausrüstungen zur Verfügung stellt, darunter schussichere Westen, Stahlhelme, Winterkampfkleidung, Schutzkleidung gegen Chemiewaffen sowie kommerzielle Drohnen zur Aufklärung – alles direkt aus den Beständen des eigenen Militärs. Und das alles ohne größere öffentliche Diskussion wie in Deutschland.

Japan hat auch sonst mehr mit dem Krieg zu tun, als es sich wünscht. Im indo-pazifischen Raum fürchtet man ein ähnliches Szenario wie in der Ukraine.



Antrittsbesuch. Der Bundeskanzler bei Japans Premier Fumio Kishida (r.). Foto: Reuters

Der Elefant im Raum ist das demokratische Taiwan, das China für sich beansprucht. Eine gewaltsame einseitige Änderung des Status Quo wie es Russland in der Ukraine versucht, dürfe man „in Ostasien nicht zulassen“, sagt Ministerpräsident Kishida mit Blick auf Chinas wachsendes Machtstreben. „Die Entscheidungen und Handlungen der internationalen Gemeinschaft, einschließlich Japans, bestimmen den künftigen Trend der internationalen Gemeinschaft.“

In Japan wird der Scholz-Besuch gerade mit Blick auf den bedrohlich mächtigen Nachbarn China als politisches Signal gesehen. Für Scholz' Vorgänger Angela Merkel und Gerhard Schröder war es noch obligatorisch, dass der erste Antrittsbesuch in der Region in Peking stattfindet. Scholz entscheidet sich nun für die wirtschaftsstarke Demokratie des Kontinents, statt für den Systemrivalen. Das dürfte auch in Peking sehr genau zur Kenntnis genommen werden.

Es gibt aber trotzdem Kritik an der Reise. CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz sagte am Dienstag, er habe den Japan-Besuch des Kanzlers in dieser wichtigen Sitzungswoche des Parlaments „mit äußerstem Befremden zur Kenntnis genommen“. Der CDU-Chef ergänzte, „Wir halten das für unpassend. Wir haben wichtige Themen im Deutschen Bundestag zu besprechen.“ AFP/dpa

# Schwere Geschütze

## Der Bundestag debattiert emotional über die Lieferung von Panzern an die Ukraine. Linke und AfD warnen vor einem Atomkrieg, CDU-Chef Merz zählt Kanzler Scholz an

VON GEORG ISMAR

BERLIN - Klaus Ernst kann nicht mehr an sich halten, er bittet um eine Kurzintervention. „Mein Gott, über was reden wir denn hier eigentlich“, ruft der Linken-Abgeordnete mit ausgebreiteten Armen ins Plenum. „Wir diskutieren hier, ob der Kanzler nach Japan fährt oder nicht. Ich glaube, uns ist gar nicht klar, was wir hier gerade beschließen“, kritisiert Ernst, dass sich die Debatte weniger um die Ukraine dreht, sondern darum, ob es richtig ist, dass Olaf Scholz trotz der Entscheidung zur Lieferung auch schwerer Waffen nicht im Bundestag anwesend, sondern nach Japan geflogen ist.

„Der Kanzler hat vor Kurzem einen wichtigen Satz gesagt“, betont Ernst. Nämlich, dass man aufpassen müsse, dass man nicht auf einen Atomkrieg zusteure. „Deswegen hat er bisher schwere Waffen ausgeschlossen.“ Und plötzlich würden alle, vor allem Friedrich Merz, der Lieferung von solchen Waffen das Wort reden. „Ich muss ja sagen, ich bin froh, dass die Kanzlerin dazu beigetragen hat, dass Sie uns einige Jahre erspart geblieben sind“, ruft er Richtung Merz, der nestelt an seiner Brille rum. „Wir reden über die Frage, ob wir hier in einem

halben oder einem Jahr durch ein Berlin gehen können, das nicht zerstört ist. Wenn es einen Atomkrieg gibt, sind wir auch betroffen.“

Am anderen Rand des Bundestags sitzt die AfD. Sie ist, wie die Linke, gegen die Lieferung schwerer Waffen, beide Parteien verbindet ihre Russlandnähe. Alexander Gauland umschreibt das strategische Dilemma so: „Russland darf nicht gewinnen – Russland darf auch nicht verlieren.“

„Sonst könne es eben zur nuklearen Option greifen. Er hält dann noch ein Referat in russischer Geschichte und Großmachtspolitik in Europa. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) schüttelt auf der Regierungsbank den Kopf – und greift lieber zum Handy. Er versucht nach vorne gerichtet zu handeln, arbeitet an neuen Bezugsquellen für Öl, Kohle und Gas.“

Und hat bei den Waffen Druck auf Scholz gemacht, mehr zu tun. Die Union mit ihrem Fraktionschef Merz und der Ukraine-Gipfel der USA in Ramstein taten dann das Übrige dafür, dass der Kanzler doch grünes Licht für Panzer made in Germany gab – und die SPD sich mal wieder eine neue Sprachregelung überlegen musste, hatte Scholz doch gerade erst die Zurückhaltung mit der Gefahr eines Atomkriegs zu begründen versucht.

Am Vortrag hatte es noch nach einer großen Demonstration der Einigkeit der demokratischen Mitte ausgesehen, der Ukraine auch mit schweren Waffen zu helfen. Die Ampel-Fraktionen SPD, Grüne und FDP einigten sich mit CDU/CSU darauf, dass die deutsche Industrie dazu etwa auch Panzerhaubitzen und Panzerlie-



Regierungskritiker. Friedrich Merz warf dem Kanzler vor, in der Ukraine-Politik ängstlich gezögert zu haben. Trotzdem unterstützte die Unionsfraktion den Antrag zur Lieferung schwerer Waffen, der mit 586 Stimmen angenommen wurde. Foto: Fabian Sommer/dpa

fern darf. Das wurde als Signal der Geschlossenheit gewertet. Der gemeinsame Antrag wird am Ende auch mit großer Mehrheit von 586 Stimmen beschlossen. Doch als Friedrich Merz das Wort ergreift, ist es vorbei mit der Gemeinsamkeit. Er knüpft sich den vor, der nicht da ist: den Kanzler. Scholz will in schwieriger Zeit die großen Demokratien der Welt enger verbinden, daher geht die Fernost-Reise auch nicht zuerst nach China.

„Diesen Jungs und Mädels muss ich mal sagen: Weil ich nicht tue, was Ihr wollt, deshalb führe ich“, beginnt Merz. So habe sich der Kanzler in einen Radiointerview geäußert. Damit seien wohl die Ausschussvorsitzenden Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP), Toni Hofreiter (Grüne) und Michael Roth (SPD) gemeint gewesen, die eine Reise in die Westukraine unternommen hatten und Scholz danach mit ihren Forderungen nach mehr Waffenhilfe trietzten. Das sei herablassend und für einen Bundeskanzler „völlig inakzeptabel“, findet Merz. Und kommt richtig in Fahrt. „Dieser Sprachgebrauch ist ein Zeichen von Unsicherheit und Schwäche.“ Scholz beantwortet gern „alle Fragen, die ihm nicht gestellt worden

sind und keine einzige, die ihm gestellt worden ist“. Beim Waffenthema habe er ängstlich gezögert. Das Problem für den Bundeskanzler sei die Kritik aus den eigenen Reihen. Immer wieder gibt es Empörung bei der SPD. Scholz' Atomkriegsargument sei unverantwortlich, sagt Merz: „Warum sollen gerade deutsche Waffen so eine Wirkung haben und andere Waffen nicht?“ Die Geschichte lehre, dass Appeasement-Politik keine Lösung sei.

Linken-Fraktionschef Dietmar Bartsch betont später mit Blick auf Scholz' Kehrtwende: „Die Jungs und Mädels haben sich tatsächlich durchgesetzt.“ Bartsch meint, Merz habe Scholz zudem erpresst. Der Kanzler braucht die Union, um das Grundgesetz für das 100-Milliarden-Sondervermögen der Bundeswehr zu ändern. Das Motto laute nur noch: „Höher, schneller, weiter: Wer liefert die schwersten Waffen?“

Der schärfste Konter kommt vom SPD-Chef. Lars Klingbeil geht, anders als Merz, erstmal auf den Krieg, auf das Leid der Ukrainer ein. Dann meint Klingbeil zu Merz, eigentlich habe er auf seinem Zettel „Dank an die Union“ stehen, für den gemeinsamen Antrag. „Herr Merz,

das hätte heute eine staatspolitische Rede werden können.“ Stattdessen betreibe er parteipolitische Spielchen. Die SPD habe in der Opposition nach 2009 die Regierung bei Bundeswehr-Mandaten und den Euro-Verteidigungsschirmen unterstützt. „Wir haben nach dem Prinzip gehandelt: Erst das Land, dann die Partei.“ Der CDU-Politiker Johan Wadephul kontert: „Sie haben von einer staatspolitischen Rede gesprochen, Herr Klingbeil. Diese staatspolitische Rede hätte der Bundeskanzler heute hier halten müssen.“ Und bei Gerhard Schröder gelte ja wohl: „Erst das Konto, dann das Land.“

Die Einzige, die an diesem Tag Brücken baut, ist Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Die FDP-Verteidigungspolitikerin hatte Scholz besonders hart angegangen, gesagt, dass er vielleicht zur falschen Zeit am falschen Platz sei. Sie streckt die Hand Richtung SPD aus, zitiert Willy Brandt am Ende einer emotionalen Debatte: „Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum: Besinnt Euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

# „Selbstgerechter, bockiger Grundton“

## Die SPD sträubt sich gegen eine Aufarbeitung ihrer Russlandpolitik – und den Abschied von Illusionen

BERLIN - Muss die SPD angesichts des Kriegs gegen die Ukraine ihre Russlandpolitik der vergangenen Jahre aufarbeiten? Als Olaf Scholz kürzlich danach gefragt wurde, reagierte er hart. „Seit Adenauers Zeiten gibt es diese verflüchtenden und verleumderischen Darstellungen der Europa- und Russlandpolitik der SPD, das ärgert mich“, befand der sozialdemokratische Kanzler im „Spiegel“.

Die SPD sei eine transatlantische Partei und müsse die Vorwürfe „nicht akzeptieren“. Ähnlich abwehrend reagierten andere SPD-Vertreter – und vermittelten den Eindruck, als ob die Russlandpolitik der Partei nur von SPD-Gegnern kritisch angegangen werde. Tatsächlich sind Fehleinschätzungen darin seit Jahren immer wieder aus der SPD heraus thematisiert worden – allerdings meist ohne Wirkung.

So warnte der Historiker Heinrich August Winkler, selbst Parteimitglied, die SPD seit Jahren, sich keinen falschen Illusionen über Wladimir Putin hinzugeben. Gegen die vielen Stimmen, die mit Bezug auf die Entspannungs- und Ostpolitik Willy Brandts Wandel durch Annäherung propagierten, mahnte Winkler auch in einer Debatte der Parteizeitung „Vorwärts“ im Jahr 2016, die SPD solle sich im Verhältnis zu Moskau in Realismus statt in Wunschdenken üben.

Ein anderer sozialdemokratischer Historiker, der immer wieder den Finger in die Wunde legte, ist Jan C. Behrends, Osteuropa- und Diktatur-Experte an der Vindrina-Universität in Frankfurt/Oder. „Man hat das ignoriert und mich gelegentlich als Kalten Krieger eingeordnet oder als Sonderling belächelt“, sagte Behrends dem Tagesspiegel zu den Reaktionen.

Dabei gebe es gute Gründe, warum die SPD nun unter Rechtfertigungsdruck stehe. Das gelte insbesondere für die Teile der Partei, „die die Unterstützung Putins zu ihrem politischen Projekt gemacht hatten“. Dazu hätten mit Gerhard Schröder, Matthias Platzeck und Sigmar Gabriel schließlich auch mehrere Parteichefs gehört.

Der Zeithistoriker sieht spezifisch sozialdemokratische Faktoren, die zu den Fehleinschätzungen beitrugen. So dominiere in der SPD „ein sehr ahistorisches, naives Verständnis“ der Entspannungspolitik Willy Brandts. Ein weiterer Grund: „Außerdem fehlt der SPD jede Osteuropaexpertise. Hinter Berlin beginnt für sie die terra incognita (auf deutsch: das unbekannte Land) – sie nimmt dort nichts wahr außer den Kreml.“

Zum Eingeständnis eigener Fehler in der Einschätzung Putins durch den SPD-Außenminister und heutigen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier sagte Behrends: „Das greift viel zu kurz.“ Zudem glaube er, dass das dessen Amt nicht die Zeit für eine grundlegende Aufarbeitung lasse. Ähnlich hart fällt sein Urteil über Kanzler Scholz aus: „Ich habe den Eindruck, dass er sich wegduckt.“

Der Professor empfiehlt seiner Partei dringend, ihre Russlandpolitik der vergangenen zwanzig Jahre durch unabhängige Historiker aufarbeiten lassen. „Daraus könnte man dann auch Schlussfolgerungen etwa für die Chinapolitik ziehen, damit sich so ein Desaster nicht wiederholt“, meint er. Sein Rat: „Keine deutschen Sonderwege mehr! Weg vom Nationalpazifismus.“

Auch die Bielefelder Historikerin Christina Morina sieht Fehler. „Wer mit Autokraten und Diktatoren Politik macht, machen muss, muss einen Kompass haben“, meinte sie. Den hätten Willy Brandt und Helmut Schmidt in Bezug auf die Sowjetunion zweifelsohne gehabt: „Seither fehlt er in der SPD-Führung.“ Was Morina, die bis Ende 2020 Mitglied im Geschichtsforum der SPD war, aber der Partei nicht angehört, an der SPD besonders auffällt, „ist der trotz teils deutlicher Selbstkritik so selbstgerechte, herablassende, larmoyante und bockige Grundton des Diskurses, der im Selbstverteidigungsmodus geführt wird, statt sich der heutigen dramatischen Sachlage in angemessener Weise zuzuwenden“.

Aber nicht nur die SPD müsse sich mit ihre Geschichte auseinandersetzen, sondern auch andere Regierungsparteien. „Das gesamte wirtschaftswunderdemokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik und die gesamte daraus abgeleitete Außen-, Sicherheits- und Wirtschaftspolitik seit den frühen 1970er Jahren ist nunmehr rechtfertigungsbedürftig“, urteilt sie. Sie empfiehlt dafür einen Untersuchungsausschuss des Bundestags.

Parteichefin Saskia Esken ließ nun zumindest eine Lücke in der Abwehrmauer der SPD erkennen. Die SPD müsse sich „wie alle anderen Parteien, die in den vergangenen 20 Jahren Verantwortung gehabt haben“, fragen, ob sie zu spät reagiert habe auf Warnungen vor dem „imperialistischen Großmachtstreben“ Putins, sagte sie. Das sei aber ein „gesamtgesellschaftliches Problem“. Die Reaktion auf den Krieg lasse aktuell auch keine Zeit für eine Aufarbeitung. HANS MONATH



Große Nähe. Als Außenminister pflegte Sigmar Gabriel Kontakte mit seinem russischen Kollegen Sergey Lavrow. Jetzt räumt er Fehler ein. Foto: Kay Niefeld/dpa

### NACHRICHTEN

**DEUTSCHLAND**  
**Werner Schulz erhält Deutschen Nationalpreis**  
HAMBURG - Der Deutsche Nationalpreis geht in diesem Jahr an den früheren DDR-Bürgerrechtler Werner Schulz. Der 72-Jährige, der nach dem Mauerfall für die Grünen zunächst im Bundestag und später im Europaparlament saß, wird die Auszeichnung am 14. Juni in Berlin erhalten. Die Laudatio soll Ex-Bundespräsident Joachim Gauck halten. „Werner Schulz hat sich seit Jahrzehnten mit großer Kraft und gegen viele Widerstände für den Aufbau und die Verteidigung der Demokratie engagiert“, sagte der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Nationalstiftung, Thomas Mirow. „Dass ich mich seit Jahren für die russische Opposition und Zivilgesellschaft eingesetzt und seit Putins Amtsantritt vor dessen Skrupellosigkeit und seinem gefährlichen Nationalismus gewarnt habe, wird mit dem Preis ebenso gewürdigt“, sagte Preisträger Schulz. dpa



**USA**  
**Militärgerät für 7 Milliarden Dollar in Afghanistan zurückgelassen**  
WASHINGTON/KABUL - Die USA haben einem Medienbericht zufolge Militärgerät im Wert von etwa sieben Milliarden US-Dollar (rund 6,6 Milliarden Euro) in Afghanistan zurückgelassen. Nach dem chaotischen Abzug der internationalen Streitkräfte im August 2021 seien Flugzeuge, Fahrzeuge, Munition, Waffen und weiteres Gerät den militant-islamistischen Taliban in die Hände gefallen, berichtete der US-Sender CNN. Die Angaben stammen demnach aus einem vom US-Kongress in Auftrag gegebenen Bericht des Verteidigungsministeriums. Im Zeitraum von 2005 bis August 2021 sollen die USA die vom Westen gestützte Regierung in Kabul mit Militärausrüstung im Wert von 18,6 Milliarden US-Dollar (rund 17,6 Milliarden Euro) unterstützt haben. Laut dem Bericht erfordern viele Geräte jedoch spezielle Wartung, die zuvor durch Auftragnehmer gewährleistet wurde. Auch seien viele Geräte vor dem Abzug unbrauchbar gemacht worden. Die militant-islamistischen Taliban hatten den Abzug der Nato-Truppen nach fast zwei Jahrzehnten Widerstandskampf als Propagandasieg gefeiert. dpa

### DER TAGESSPIEGEL

ZEITUNG FÜR BERLIN UND DEUTSCHLAND  
Pfllichtblatt der Börse Berlin  
Verleger: Dieter von Holtzbrinck. Herausgeber: Stephan-Andreas Casdorff, Giovanni di Lorenzo. Chefredakteure: Lorenz Maroldt, Christian Tretbar. Stellvertretende Chefredakteure: Stephan Haselberger, Anke Myrre. Korrespondent der Chefredaktion: Dr. Christoph von Marschall. Head of Visual: Thomas Wejras. Geschäftsführende Redakteure: Christoph Dowe, Benjamin Reuter (Head of Digital / Newsroom); Miriam Schröder (Wirtschaft & Background). Leitende Redakteure: Ingrid Müller. Autoren: Robert Ide, Malte Lehming. Leiter Hauptstadtbüro: Georg Ismar. Leitung Newsroom: Fabian Löhe. Leitung Printredaktion: Dr. Christian Böhmke, Katrin Schulze, Carsten Werner. Ressortleitungen: Berlin: Stephan Weichler; München: Ariane Benninger; Wirtschaft: Thorsten Mummie; Sport: Claus Vetter; Kultur: Rüdiger Schaper; Wissen & Forschen: Sascha Karberg; Story: Sidney Gennies; Esther Kogelboom; Themenspezial/Magazine: Andreas Mühl. Verantwortliche Redakteure: Karin Christmann (Meinung); Kevin P. Hoffmann (Berliner Wirtschaft); Heike Jahberg (Verbraucher); Gregor Dotzauer (Sachbuch); Richard Friebe (Forschen); Dr. Joachim Huber (Medien); Torsten Hampel (Story); Ulrich Amling (Ticket/Spielzeit); Ingo Bach (Gesundheit); Ruth Ciesinger (Online); Hendrik Lehmann (Innovation Lab); Ann-Kathrin Hipp (Checkpoint); Nadine Lange & Tilmann Warnecke (Queerspiegel). Redakteure für besondere Aufgaben: Dr. Elisabeth Binder, Katja Fichsel, Armin Lehmann, Bernd Matthes, Dr. Jost Müller-Neuhof (Rechtspolitische Korrespondent), Christiane Peitz (Kulturautorin), Harald Schwamm. Reporter: Andreas Austilat, Werner van Bebbler, Robert Birnbaum, Delke Diening, Dr. Caroline Fetscher, Frank Jansen, Sebastian Leber. Leitung Community: Atila Altun. Redaktionsbüro Washington: Juliane Schäuble. Redaktionsbüro Potsdam: Thorsten Metzner. Chefin vom Dienst: Patricia Wolf.  
Die Redaktionen von „Der Tagesspiegel“, Berlin, und „Handelsblatt“, Düsseldorf, kooperieren.  
Verlag Der Tagesspiegel GmbH. Geschäftsführung: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke. Verlagsleitung: Marco Barel (Vermarktung Digital), Susan Knoll (Politische Kommunikation), Philipp Nadler (Vermarktung), Caspar Seibert (Marketing und Vertrieb). Leitung Produktmanagement: Theresa Böschchen. Unternehmenskommunikation: Sandra Friedrich. Registergericht: AG Charlottenburg 93 HRB 43850, Erfüllungsort und Gerichtsstand: Berlin-Tiergarten. Postanschrift: 10876 Berlin. Hausanschrift: Askaniischer Platz 3, 10963 Berlin. Sammel-Telefon (030) 29021-0; Sammel-Telefax (030) 29021-12090; Internet-Adresse: www.tagesspiegel.de; E-Mail: redaktion@tagesspiegel.de; leserbefragung@tagesspiegel.de. Druck: Druckhaus Spandau, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin.  
Mitbegründet von Erik Reger und Walther Karsch, fortgeführt von Franz Karl Maier und Dieter von Holtzbrinck.  
Abonnentenservice: Tel. (030) 29021-500  
Anzeigenservice: Tel. (030) 29021-570  
Geschäftsstelle: Askaniischer Platz 3, 10963 Berlin.  
Monatlicher Print-Abonnementpreis bei täglicher Erscheinungsweise in Berlin und Brandenburg 65,99 € (Quartal 197,97 €, Halbj. 384,06 €, jährlich 752,29 €); überregional 66,99 € (Quartal 200,97 €, Halbj. 389,88 €, jährlich 763,69 €); Studenten 33,00 € (Quartal 98,99 €, Halbj. 192,03 €, jährlich 376,14 €); E-Paper 34,99 € monatlich; E-Paper Zusatzabo zum Vollabo (Print) monatlich 6,60 €; T Plus 14,99 € monatlich. Alle Preise verstehen sich inkl. der gesetzlichen Umsatzsteuer und Zustellung innerhalb Deutschlands. Abonnementgebühren sind im Voraus fällig. Keine Erstattungsansprüche bei Störungen durch höhere Gewalt. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 62.  
Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingereichte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Nutzungsrechte für elektronische Pressespiegel erhalten Sie über die PMG Presse-Monitor GmbH, Tel. 030 / 28 49 30 oder www.presse-monitor.de  
Wir verwenden Zeitungspapier mit hohem Altpapieranteil